

Programm der Jungen Schweizer Demokraten

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
Gesundheits-, Familien- und Sozialpolitik.....	2
Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik.....	4
Asyl- und Ausländerpolitik.....	6
Finanz- und Wirtschaftspolitik.....	8
Bildung-, Arbeits- und Forschungspolitik.....	9
Kultur- und Heimatschutz.....	11
Medien- und Meinungsfreiheit.....	12
Sicherheitspolitik.....	13
Aussenpolitik.....	14

Einleitung

Das Hauptziel der Jungen Schweizer Demokraten liegt darin, die Schweiz als freie, lebensfähige, neutrale und unabhängige Willensnation zu erhalten. Sie soll als Modell eines föderativen Staatenbundes bei grosser Mitsprache des Volkes auf allen politischen Ebenen in der Form der direkten Demokratie erhalten bleiben.

Die Jungen Schweizer Demokraten kämpfen für einen gesunden, stabilen und sozialen Lebensraum des Schweizer Volkes. Dieses Ziel ist jedoch nur erreichbar, wenn weiteres übermässiges Wachstum der Wirtschaft vermieden und die damit verbundene weitere Einwanderung minimal gehalten wird.

Die Wirtschaft soll nicht Selbstzweck sein, sondern zur Befriedigung der echten Bedürfnisse des Schweizer Volkes eingesetzt werden, der Grad der Selbstversorgung erhalten bleiben oder nach Möglichkeit erhöht, das heisst die Abhängigkeit vom Ausland abgebaut werden.

Die Umweltbelastung muss mit geeigneten Mitteln auf ein verträgliches Mass zurückgeführt und eine gerechte Sozialordnung bei möglichst grosser individueller Freiheit und Selbstverantwortung verwirklicht werden.

Die Massenmedien müssen der Verpflichtung zur wahrheitsgetreuen und ganzheitlichen Berichterstattung gerecht werden und den berechtigten Ansprüchen des Schweizer Volkes auf gültige, nicht einseitige, das heisst nicht absichtlich lückenhafte oder verfälschte, Information dienen.

Die Jungen Schweizer Demokraten setzen in jeder Beziehung auf Qualität und nicht auf Quantität, so verlangen wir auch beim Militär eine gute Ausbildung und vor allem kompetente Personen in Führungsrollen.

Das Schweizer Kulturbewusstsein und der Dialekt soll gefördert und nicht schon im Kindergarten unterdrückt werden.

Gesundheits-, Familien- und Sozialpolitik

Sozialwesen und Familie

Der Mensch steht im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Sozialfürsorge.

Sämtliche Produktions-, Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe haben sozialpolitische Verantwortung zu tragen. Das allein genügt aber nicht; konkrete Massnahmen müssen besonders unterstützt werden.

Wir fordern:

Förderung der sozialen Eigenverantwortung;

gesunde Lebenseinstellung durch Erziehung zu einem Leben frei von Konsumzwang und Sucht;

Einschränkung des Konsums auf Kredit;

Verbot der Werbung für Kleinkredite;

Förderung des Wohnungsangebots mit einfachem Komfort für Bezüger bescheidener Einkommen;

Schutz und Förderung der Ehe, Familie und Bekämpfung der gesellschaftlichen Absonderung der verschiedenen Generationen;

Sicherung der Sozialwerke (AHV, IV, usw.), insbesondere durch Bekämpfung von Missbrauch.

Gesundheit

Gesundheitspolitik ist als umfassende Sorge um das Wohlbefinden des Menschen - sowohl in der Gesellschaft als auch als Einzelwesen - zu verstehen. Körperliche Ertüchtigung, Pflege seelischer Werte und Förderung der geistigen Fähigkeiten sind für das Wohl des Menschen wesentlich. Jeder Mensch soll sich auch in diesem Bereich seiner Eigenverantwortung bewusst sein.

Wir fordern:

bewusste Erziehung zur gesunden Lebensweise;

dringend verbesserte Aufklärung über die Folgen des Drogen-, Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmissbrauchs sowie Verbot der Werbung für Suchtmittel;

wirksame strafrechtliche Verfolgung und schärfere Bestrafung der Drogenhändler;

konsequente Eliminierung von offenen und verdeckten Drogenszenen durch polizeiliche Mittel;

Schaffung geschlossener Drogenkliniken;

genügend Therapieangebote mit dem Ziel der Suchtfreiheit und mit sozialer Nachbetreuung;

keine Legalisierung von harten und weichen Drogen;

Reduzierung der Drogen- und Ersatzdrogen-Abgabe durch den Staat;

bestmöglicher Schutz der Bevölkerung vor Krankheiten wie AIDS, Hepatitis;

Förderung des aktiven Sports und des Wanderns als Ausgleich zur bewegungsarmen Lebensweise;

vernünftige Begrenzung des technischen Aufwands in der Intensivmedizin unter Berücksichtigung des Anspruchs auf ein menschenwürdiges Sterben;

freie Wahl des Arztes oder des Heilpraktikers;

Anerkennung natürlicher Heilverfahren und Heilmittel;
Förderung von Gesundheitskassen (Bonussystem) anstelle von Krankenkassen;
Verbot gentechnischer Eingriffe in die Keimbahn mit Ausnahme solcher, die der
Bekämpfung von Erbkrankheiten dienen;
Förderung der Hauskrankenpflege (Spitex).

Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik

Umweltschutz

Der Lebensraum Schweiz ist bedroht durch schlecht an die Naturkreisläufe angepasste Technik und den zunehmenden materiellen Konsum. Der Lebensraum wird ausserdem durch übermässiges Wirtschaftswachstum und eine damit verbundene Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung überlastet. Es ist eine Tatsache, dass jeder zusätzliche Einwohner, ob In- oder Ausländer, die Natur belastet. Zudem verkümmern immer mehr die geistigen Werte.

Wir fordern:

wirksame Massnahmen zum Schutze der Natur (Wasser, Luft und Boden) und zur Pflege der Landschaft;

Beachtung der Grundregel «Qualität statt Quantität»;

Vermeidung von Belastungen und Schäden statt Flickwerk (Umweltschutz- statt Umweltreparaturpolitik);

kreislaufgerechte Herstellungs- und Verbrauchsverfahren mit Wiederverwertung und damit Abkehr von der Wegwerf- und Verschwendungsgesellschaft;

menschlich überschaubare Gemeinschaften (z. B. lebensfähige Dörfer) anstelle der fortschreitenden Verstädterung;

besserer sozialer Ausgleich zwischen sozial starken und schwächeren Siedlungsgebieten;

Vermeidung des Abbruchs von Altliegenschaften, die noch in gutem baulichen Zustand sind oder in welchen durch sanfte Renovierung wieder zweckmässiger und günstiger Wohnraum geschaffen werden kann;

Energie

Die Energiepolitik darf sich nicht nach den vermeintlich zwingenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Konsumenten richten, weil der Energieverbrauch ohne wirksamen Gegendruck stetig zunehmen wird. Vielmehr muss die Forschung Wege aufzeigen, wie der Energieverbrauch verringert werden kann. Mehrverbrauch belastet die Umwelt. Je mehr Energie in ein System eingeführt wird, umso mehr wird dessen Wachstum angeheizt und umso störungsanfälliger wird es.

Wir fordern:

Förderung von Wärmeisolationen an Gebäuden und Anlagen;

Einführung einer sozialen Energieverbrauchssteuer;

Abschaffung der Mengenrabatte bei allen Energieträgern;

Vermeidung unnötiger Klimaanlageanlagen;

Förderung energiesparender Techniken, wie zum Beispiel Wärmekraftkopplung, Wärmepumpen, Nutzung der Sonnenenergie für die Warmwasseraufbereitung;

schrittweisen Ersatz der umweltschädlichen Energieerzeugung aus erschöpfbaren Quellen (fossile Energieträger, Uran) durch umweltfreundlichere und erneuerbare Quellen (Holz, Wasser, Sonne, Wind, Erdwärme);

Bauten mit Sonnenkollektoren;

Ausbau und Erneuerung älterer Wasserkleinkraftwerke;

mittelfristiger Ausstieg aus der Atomenergie.

Verkehr

Was für die Energiepolitik gilt, gilt auch für die Verkehrspolitik: Sie darf sich nicht nach den steigenden vermeintlichen Bedürfnissen der Verbraucher richten, sondern muss wegweisend sein, hin zu weniger und zu energieschonenderem Verkehr. Dazu müssen einige wichtige Grundsätze beachtet werden: Weltweit sind die Frachtkosten viel zu gering, das heisst sie decken nicht die Kosten für den Transportweg und für die verursachten Umweltschäden. Es ist Unfug, Massengüter, die lokal produziert und verbraucht werden könnten, dank billiger Frachtkosten und niedriger Löhne über Tausende von Kilometern hinweg zu transportieren. Zuviel internationaler Transitverkehr (40 Tönnen) verstopft unsere Strassen und Autobahnen zum Nachteil unseres landesweiten Strassenverkehrs.

Wir fordern:

Verminderung der Verkehrs- und Transportbedürfnisse (Dezentralisierung);
Förderung des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des umweltfreundlichen Eisenbahnverkehrs, sowohl für Güter als auch für Personen unter Einführung gerechter Wettbewerbsverhältnisse zwischen Strasse und Schiene;
der Individualverkehr muss längerfristig sämtliche Kosten decken (Strassenbau, Lärmbekämpfung, Luft- und Abwasserreinigung, Beseitigung der Ölrückstände und der Altwagen, Versorgung der Unfallopfer);
steuertechnische Anreize zum Wohnen in der Nähe des Arbeitsplatzes;
konsequente Umsetzung der Alpeninitiative.

Asyl- und Ausländerpolitik

Asylwesen

Asylrecht bedeutet nur das Recht - und in keiner Weise die Pflicht - eines Staates zur Gewährung von Asyl.

Das allzu freizügige Asylgesetz ist zu verschärfen, damit die Schweiz als Asylland ihre Attraktivität für Schein- und Wirtschaftsasylanten aus aller Welt verliert; die Schweiz kann Ausländern, die in ihrem Heimatstaat wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Anschauungen an Leib, Leben oder in ihrer Freiheit persönlich gefährdet sind, für die Dauer ihrer Gefährdung vorübergehend Asyl gewähren; dieser Flüchtlingsbegriff darf durch das Gesetz nicht ausgedehnt werden; die Schweiz leistet, auch in Zusammenarbeit mit andern Ländern, bedrohten Menschen Hilfe in der Region ihres Heimatstaates; sie unterstützt Bestrebungen, ihnen das Leben im Ausland in einer Zone ohne Gefährdung zu ermöglichen; Asylgesuche können nur an gesetzlich bezeichneten Grenzstellen oder bei schweizerischen Vertretungen im Ausland eingereicht werden; jedes Asylverfahren wird innert sechs Monaten rechtskräftig abgeschlossen; Zwischenverfügungen und Rekursentscheide sind nicht anfechtbar; während des Asylverfahrens sind die Asylbewerber in Sammelunterkünften unterzubringen; auf Bargeldleistungen ist zu verzichten; den Asylbewerbern sind keine Arbeitsbewilligungen zu erteilen; stattdessen sind sie zu unentgeltlicher, gemeinsamer Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit anzuhalten; Asylbewerber haben keinen Anspruch auf Kinderzulagen; straffällige Asylbewerber sind asylunwürdig; der Schutz der Schweizergrenze vor illegalen Eindringlingen ist wirksam zu verstärken (personelle Aufstockung des Grenzwachtkorps, Einsatz moderner, elektronischer Überwachungsgeräte, Ausbildung und Einsatz von Armeeeinheiten); illegal eingereiste oder straffällige Asylbewerber und solche, deren Gesuch rechtskräftig abgewiesen worden ist, werden umgehend und ohne Beschwerdemöglichkeit aus der Schweiz weggewiesen; der Bund sorgt in Zusammenarbeit mit den Kantonen für den Vollzug; keine Gemeinde kann verpflichtet werden, Asylbewerber in eigene Obhut aufzunehmen; Verbot der Kündigung von Wohnraum zwecks Unterbringung von Asylanten; Schlepperorganisationen und Personen, die abgewiesene Asylbewerber illegal beherbergen, sind konsequent zu verfolgen und schärfer zu bestrafen.

Ausländerpolitik

Die Überfremdung hat ein so hohes Mass erreicht, dass die Assimilierung der Eingewanderten nicht innert nützlicher Frist oder überhaupt nicht mehr möglich ist. Ausserdem wird dadurch die Bildung von Ausländergettos begünstigt, wobei zwangsläufig eine Abgrenzung gegenüber dem Schweizervolk entsteht. Dies führt

zu sozialen Spannungen, Fremdenhass, Abhängigkeit von Auswandererländern und bildet zudem ein schwerwiegendes Sicherheitsrisiko. Unser Land wird zunehmend zum Tummelplatz für die Austragung familiärer und politischer Fehden unter Ausländern.

Wir fordern:

Eine Begrenzung der Einwanderung, Förderung der Rückwanderung und Vermeidung von übermäßigem Wirtschaftswachstum in Hochkonjunkturzeiten zu erreichen;

Kündigung der Niederlassungsverträge mit anderen Staaten;

Grundbesitz gibt kein Recht auf Niederlassung;

Bekämpfung der Schwarzeinwanderung durch härtere Bestrafung der Arbeitgeber, die Ausländer illegal beschäftigen;

kein Stimm- und Wahlrecht für Ausländer.

Für unser überbevölkertes Land sind Einbürgerungen nur verantwortbar, wenn die ausländische Wohnbevölkerung laufend mindestens um die Zahl der Einbürgerungen reduziert wird.

Finanz- und Wirtschaftspolitik

Kaufkräftige Währung

Die Erhaltung einer kaufkraftbeständigen Währung ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Dabei ist zu unterscheiden zwischen sachbedingter und inflationärer Verteuerung von Waren und Dienstleistungen.

Wir fordern:

grundsatztreue Geld- und Kreditpolitik mit dem Ziel einer kaufkraftbeständigen Währung;

Niedrigzinspolitik durch die Nationalbank;

Beibehaltung des Schweizer Frankens und des Bankkundengeheimnisses.

Abwehr von Fluchtgeldern, insbesondere aus Drittweltstaaten, die dem guten Ruf des Finanzplatzes Schweiz schaden;

strikte Verfolgung und Bestrafung der Geldwäscherei (Drogengelder usw.).

Wirtschaft

Umweltgerechtes Wirtschaften und umweltgerechte Techniken sind zielstrebig zu fördern. Sie haben sich nach den ökologischen Grenzen und der langfristig tragbaren Bevölkerungszahl zu richten.

Wir fordern:

konsequente Anwendung des Verursacherprinzips zur Deckung der durch Umweltbelastung entstandenen Kosten (soziale oder externe Kosten, Verrechnung dieser Kosten);

vorrangige Befriedigung lebenswichtiger und geistig-kultureller Bedürfnisse vor materiellen Luxusbedürfnissen;

bewusste Förderung kleiner bis mittlerer, privat oder genossenschaftlich organisierter Betriebe durch eine geeignete Gesetzgebung;

Steuervorteile und Abschreibungserleichterungen bei Neugründung privater oder genossenschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe;

Entflechtung der Güterversorgung und -verteilung und Verhinderung neuer Zentralisierungen;

Fusionen von Grosskonzernen sind zu verbieten;

umfassende Preisüberwachung der Mieten und Hypothekarzinsen;

Abschaffung der ausserstaatlichen Monopole und Kartelle. Bahn, Post und Energie und Wasserversorgung gehören mehrheitlich vom Staat verwaltet;

Manager sollen für volkswirtschaftliche Schäden, die sie verursacht haben, finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

Bildung-, Arbeits- und Forschungspolitik

Bildung

Sie ist auf persönliche Freiheit, Verantwortungsbewusstsein der Lehrer gegenüber dem eigenen Land und Volk sowie der Umwelt und auf die Mitsprache und Mitwirkung der Eltern zu gründen. Sie umfasst Geist, Seele und Körper:

Wir verlangen in den überfremdeten Gemeinden eigene Schulklassen für unsere Kinder und die sprachlich-kulturell integrierten Ausländerkinder, die infolge des zunehmenden Ausländerzustroms immer mehr benachteiligt und diskriminiert werden.

Wir fordern:

Entwicklung des ganzheitlichen Denkens in Zusammenhängen;
allgemeine Verbreitung moderner Ernährungs- und Gesundheitslehren zur Hebung der Volksgesundheit;
Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrerschaft;
handwerklichen, gärtnerischen und hauswirtschaftlichen Unterricht sowie Förderung der handwerklichen Berufe;
Kontingentierung der Studienplätze für Ausländer;
unwiderrufliche Verpflichtung von Ausländern aus Osteuropa und der Dritten Welt, nach Studienabschluss in ihre Heimat zurückzukehren (Entwicklungshilfe);
Vereinheitlichung des Stipendienwesens und Schutz vor Missbräuchen durch Leistungsausweise und gewisse Rückzahlungspflichten;
Ausbau der freiwilligen Erwachsenenbildung und des zweiten Bildungswegs;
Förderung guter Literatur in unseren vier Nationalsprachen;
Einrichtung und Förderung von Bibliotheken;
Bekämpfung der internationalistischen Beeinflussung in den Schulen.

Arbeit

Der Wachstumszwang der in- und ausländischen Wirtschaft und die Einführung neuer Techniken birgt die Gefahr von Beschäftigungseinbrüchen in sich.

Wir fordern:

gesetzlichen Schutz und Vorrang der schweizerischen Arbeitskräfte und der Schweizer Lehrlinge/Lehrtöchter vor ausländischer Konkurrenz;
Revision von Bundesverfassung (BV) und Ausländergesetz (ANAG) zwecks Verbesserung dieses Schutzes;
Massnahmen zur Wiedereingliederung arbeitsloser Schweizer (Fortbildung, Umschulung);
Bekämpfung der neuen Armut; menschenwürdige Arbeitsplätze, die den Menschen nicht zur Maschine degradieren;
sinnvolle Arbeitsaufteilung und gute Ausbildung mit dem Ziel, die Arbeit für den Menschen auch in der heutigen Wirtschaft anregend, abwechslungsreich und somit befriedigend zu gestalten;

die Arbeitswelt ist eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die gegenseitig befruchtend sein sollte; dies bedeutet einvernehmliche Problemlösungen zwischen den Partnern («Arbeitsfriedensabkommen»); umfassende Orientierung über das Unternehmen und Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene.

Forschung

Die wirtschaftsunabhängige Forschung ist zu fördern, insbesondere die auf das Gemeinwohl ausgerichtete Überlebensforschung.

Wir fordern:

Ausarbeitung eines Langzeitprogramms für die Überlebenssicherung;

Entwicklung der Kreislaufwirtschaft;

Unterstützung der landwirtschaftlichen Forschung, besonders für naturnahe Produktionsmethoden;

Durchsetzung der Gesetzesbestimmungen für die artgerechte Tierhaltung;

Beschränkung der Tierversuche auf das unumgängliche Mindestmass, dafür vermehrte Entwicklung von Alternativverfahren;

Kultur- und Heimatschutz

Kultur

Der Verlust der eigenen Kultur bedroht unser Selbstverständnis und unterhöhlt unseren nationalen Selbstbehauptungswillen.

Wir fordern:

Schutz und Förderung der christlich-abendländischen Kultur, welche das Fundament unserer Ethik und Moral ist;

Massnahmen gegen die sprachliche Verwilderung;

Garantie der herkömmlichen Sprachgebiete von Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch;

Förderung unserer vier Nationalsprachen (Dialekt-Förderung);

wirksamen Schutz der schweizerischen Kulturgüter und des Brauchtums;

Pflege des schweizerischen Geschichtsbewusstseins;

Ausbau und Vertiefung der Kontakte zwischen den Kulturen unserer vier

Nationalsprachen, speziell in den mehrsprachigen Kantonen;

Verbot politischer Betätigung von Ausländern und Ausländerorganisationen in der Schweiz.

Schutz der Heimat

Der Ausverkauf der Heimat gefährdet nebst unserer Unabhängigkeit auch das Gast- und Tourismugewerbe und treibt die Bodenpreise in die Höhe.

Wir fordern:

Grundeigentum oder andere Rechte, die eine dem Grundeigentümer ähnliche Stellung verschaffen, können grundsätzlich nur erworben werden:

von natürlichen Personen, die legalen Wohnsitz in der Schweiz haben,

von juristischen Personen oder vermögensfähigen Gesellschaften ohne juristische Persönlichkeit, sofern ihr Grund- und Fremdkapital zu mindestens 75 Prozent in den Händen von Personen mit Niederlassung und Wohnsitz in der Schweiz liegt.

Medien- und Meinungsfreiheit

Medien

Es soll den Medien frei sein, über was sie berichten, allerdings sollen die Berichte gewissen Grundsätzen unterliegen: Ein Bericht hat möglichst vollständig zu sein. Insbesondere sind die elektronischen Medien vor der Gefahr der einseitigen Beeinflussung durch Gruppen oder Personen zu bewahren.

Wir fordern:

wahrheitsgetreue und umfassende Berichterstattung insbesondere über die parlamentarischen Beratungen;
bei politischen Streitfragen eine ausgewogene Darstellung der Argumente beider Seiten.

Meinungsäußerung

Die Demokratie basiert auf der freien Meinungsäußerung. Sie darf nicht durch willkürliche Gesetze eingeschränkt werden.
Um die Erhaltung unsere Demokratie zu gewährleisten, ist die freie Meinungsäußerung wieder herzustellen.

Sicherheitspolitik

Die Schweiz ist verteidigungswürdig

Der schweizerische Kleinstaat bietet eine gute Grundlage für die Entwicklung einer menschengerechten Gemeinschaft, die auch in Notzeiten durchhalten kann. Er ist deshalb verteidigungswürdig und das Überleben soll durch die Armee gewährleistet werden.

Die Sicherung des Überlebens in den voraussehbaren ökologischen und weltpolitischen Schwierigkeiten ist aber nur gewährleistet, wenn es gelingt, die allzu starke wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Staaten und vom Welthandel abzubauen.

Armee

Aus der bewaffneten Neutralität ergeben sich Verpflichtungen, zu deren Erfüllung wir eine kampfkraftige, gut ausgerüstete Armee benötigen, welche die Fähigkeit hat, das Land wirksam zu schützen.

Wir fordern:

bessere Ausbildung und der heutigen Wehrtechnik angepasste Ausrüstung unseres Milizheeres, die jeden möglichen Feind vor einem Angriff abschrecken, weil er mit einem zu hohen Eintrittspreis in unser Land rechnen muss;
Sicherung einer angemessenen Rüstungsindustrie;
Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht;
schärfere Bestrafung der Zivilschutzverweigerer;
geeignete Massnahmen zur Stärkung des Willens, für unser Land die nötigen Opfer zu bringen;
einen den persönlichen Möglichkeiten angepassten Ersatzdienst für Männer, die weder in der Armee noch im Zivilschutz eingeteilt sind.

Polizei und Justiz

Bekämpfung des Eindringens staats- und armeefeindlicher Personen in unsere öffentlichen Institutionen;
eine fachlich und psychologisch bestens ausgebildete, für den Fall innerer Unruhen genügend dotierte Polizei;
verstärktes Handeln der Polizei und der Justiz gegen Überfälle und Einbrüche des organisierten Verbrechens;
konsequente und härtere Bestrafung von Sexualstraftaten, vor allem an Kindern.

Aussenpolitik

Neutralität

Die politische Neutralität ist die unserem Kleinstaat angemessene Haltung in der Aussenpolitik.

Wir fordern:

eine grundsatztreue Neutralitätspolitik;

Verzicht auf den Beitritt in die EU;

kein Abschluss völkerrechtlicher Verträge mit ähnlicher Wirkung sowie kein Einsatz von Schweizer Militär im Ausland;

Ausschöpfen der Möglichkeiten zur internationalen Friedenssicherung;

Hände weg von der NATO.

Europa

Das Verhältnis zu Europa sollte als Zusammenarbeit in föderalistischem Sinne und in Freiheit gestaltet werden. Die arbeitsteilige Wirtschaft nach EU-Muster entspricht keinesfalls den Bedürfnissen der Zukunft.

Wir fordern:

Aufbau eines Europas der Vaterländer nur für Europäer;

ein Europa bestehend aus souveränen Nationen, die ihre Identität bewahren und gegenseitig ihre Unabhängigkeit respektieren;

Pflege des gemeinsamen europäischen Geschichts- und Kulturbewusstseins;

Verzicht auf einen EU-Beitritt, weil dies das Aufgeben unserer direkten Demokratie (Initiative und Referendum) und des Föderalismus bedeuten würde;

zudem wären auch unsere Neutralität und unsere Landwirtschaft gefährdet;

bei einem EU-Beitritt würden Heere von Arbeitssuchenden in die Schweiz drängen;

Verzicht auf einen Beitritt zur europäischen Sozialcharta.

Entwicklungshilfe

Die internationale Zusammenarbeit soll vom Willen getragen sein, eine ökologisch richtige Ordnung zu entwickeln.

Wir fordern:

bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe bei der Familienplanung und Bevölkerungsstabilisierung, der Vermittlung einfachen, den örtlichen Gegebenheiten angepassten Handwerks, der Verbreitung naturnaher landwirtschaftlicher Produktionsverfahren.

Entwicklungshilfe ist von bevölkerungspolitischen Anstrengungen der Empfängerländer und ihrer Bereitschaft zur Aufnahme von Asylbewerbern aus ihrem eigenen Kulturkreis abhängig zu machen;

Beachtung der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer in unserer Aussenwirtschaftspolitik;

Einsatz im Sinne des bewussten Kampfes gegen den Export umweltzerstörender Verfahren und Kulturen der Industrieländer in die Dritte Welt;

Einsatz im Sinne der Mithilfe bei der Entwicklung und Durchsetzung einer Überlebensstrategie für die Menschheit.